

# Krisenprävention und Friedensförderung – ein neuer Schwerpunkt internationaler Politik

Krisenprävention und die Unterstützung von Strukturen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung sind neue Schwerpunkte der internationalen Politik im allgemeinen und der Entwicklungszusammenarbeit im besonderen geworden. Diese Schwerpunkte bedeuten für die Entwicklungszusammenarbeit ein Mehr an Kohärenz mit anderen Feldern der auswärtigen Politik, die Entwicklung zusätzlicher Instrumente und Methoden sowie veränderte Bewertungs- und Erfolgskriterien für ihre Projekte. Sie stellen die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und ihre Mitarbeiter vor neuen Herausforderungen und lassen die Entwicklungszusammenarbeit politischer werden.

Wandbild in Namibia  
Foto: epd-bild



## Lothar Rast

Zu Beginn der 90er Jahre – mit dem Ende des Kalten Krieges – wurde in der internationalen Politik die Frage immer dringender, wie der Ausbruch von Bürgerkriegen oder der Rückfall in die Gewalt in ehemaligen Bürgerkriegsstaaten verhindert werden könnte. Eine erste Antwort gab 1992 die Agenda für den Frieden des damaligen UNO-Generalsekretärs Boutros Boutros Ghali. Die zunehmenden menschlichen und sozialen Kosten der Kriege, die Kosten für Blauhelm-Einsätze, Migration, Massenvertriebung und kollektiver Gewalt ließen den Ruf laut werden, Instrumente zu entwickeln, die helfen sollten, solche gewaltvollen Entwicklungen bereits in ihrer Entstehung zu vermeiden.

*Early-warning*-Systeme sollten mögliche Krisenherde frühzeitig erkennen, *early action* seitens der Staatenwelt wie der international tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollte den Ausbruch von Gewalt zu verhindern helfen. Die Losung war, dass es für die internationale Staatengemeinschaft sinnvoller und billiger sei, Krisen und Kriege zu vermeiden als für die Beendigung von Gewalt oder die Beseitigung von Folgen der Gewalt immense Summen bereitstellen zu müssen.

In der Konfliktnachsorge erkannte die internationale Staatengemeinschaft, dass es mit dem Einsatz von Blauhelmen nicht getan war, sondern dass sie oft auch zivile Funktionen übernehmen oder zivilgesellschaftliche Organisationen stärken musste, um einen Rückfall

in die Gewalt nachhaltig zu verhindern. Dazu gehörte die vorübergehende Wahrnehmung der Strafverfolgung in Kambodscha im Rahmen von UNTAC oder der Einsatz von Polizei wie etwa im Kosovo. Interventionen der internationalen Staatengemeinschaft zur Krisenprävention und zur Konfliktnachsorge wurden in den 90er Jahren langfristiger und vielschichtiger in ihren Interventionsbereichen als vorher. Die internationale Staatenwelt musste tiefer und länger in die vom Konflikt betroffenen Gesellschaften intervenieren, wollte sie nachhaltig einen Rückfall in Gewalt verhindern. Diese Tiefe war allerdings erst mit dem Aufweichen des Souveränitätsgebotes und dem Ende des Kalten Krieges möglich geworden. Eine neue Qualität der Intervention wurde in der Kon-

fliktnachsorge in Bosnien, Kroatien und dem Kosovo deutlich. Krisenprävention bedeutet daher für die Staatengemeinschaft auch eine stärkere Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure.

Darüber hinaus erfuhr die Unterstützung der Zivilgesellschaft als wichtiger Faktor zur Krisenprävention eine Aufwertung. Mit dem Friedensabschluss von Dayton/Ohio 1994 stellten die westliche Unterzeichner-Staaten Mittel für nicht-staatliche Organisationen bereit, mit denen zum Zweck der Krisenprävention die Zivilgesellschaft gestärkt werden sollte. Damit gewann die Zivilgesellschaft als Adressat im Partnerland aber auch als Akteur von Interventionen seitens der internationalen Gemeinschaft an Bedeutung. Man kann deshalb von einer doppelten Aufwertung der Zivilgesellschaft in der Krisenprävention und Friedensförderung sprechen. Darüber hinaus entfachte sich während und im Anschluss an die Bombardierung Jugoslawiens wegen des Kosovo-Konfliktes durch die NATO die Diskussion, ob es nicht andere, nicht-militärische Interventionsmöglichkeiten gäbe, die man systematisch aufbauen und einsetzen könne, so dass es gar nicht mehr zum Einsatz von Waffen kommen müsse. Auch hier gewannen neben Polizei und Verwaltung wiederum nicht-staatliche Organisationen mit ihren Netzwerken, Erfahrungen und ihrer Expertise an Bedeutung.

### **Elemente einer friedensfördernden Entwicklungszusammenarbeit**

In diesem neuen und facettenreichen Verständnis von Krisenprävention der internationalen Staatenwelt spielen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ebenfalls eine wichtige Rolle. Die *Guidelines on Conflict, Peace and Development-Cooperation* des DAC/OECD ebenso wie der Beschluss des EU-Rates vom November 1998 hoben die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich hervor. Dabei ergab sich die Minimalforderung, dass Entwick-

lungshilfeprojekte nicht selbst Bemühungen zur Friedensförderung – meist unbewusst – konterkarieren dürfen. Die EZ sollte mittels dieser Instrumente belegen können, dass sie nicht konfliktverschärfend, konfliktreproduzierend oder gar gewalteskalierend wirke. Mary Anderson belegte die möglichen negativen Folgen von EZ in ihrer Studie *Do No Harm – How Aid can Support Peace or War* eindrücklich. Extern zugeführte Ressourcen können in einem ressourcenarmen Land gerade Verteilungskämpfe verschärfen und politische Konflikte reproduzieren. Die gegenwärtige Diskussion unter dem Stichwort *Conflict Impact Assessment* ist ein erster Versuch, diesem Anspruch einer solchen EZ gerecht zu werden. Auch das „Sektorvorhaben Krisenprävention“ der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) versucht unter anderem gerade in exemplarischen Sektoren der EZ zu überprüfen, wie auf der Arbeitsebene solche negativen Folgen identifiziert und vermieden werden können. Die NRO *Collaborative for Development Action* etwa führte Feldstudien durch, in denen mögliche Gegenstrategien genannt werden, um negative Effekte von EZ auf Konflikte zu vermeiden.

Das Nichterkennen oder Ignorieren gesellschaftlich-politischer Konflikte konnte dazu führen, dass jahrzehntelange EZ-Bemühungen binnen Wochen oder Monate zunichte gemacht wurden. Ein Beispiel dafür ist der Genozid in Ruanda. Deshalb war ein weiterer Anspruch an die EZ, Instrumente zu entwickeln, mittels derer man die Krisenneigung eines politischen Systems erkennen und bewerten kann. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat Angelika Spelten damit beauftragt, einen Katalog von Krisenindikatoren zu entwickeln. Sämtliche Partnerländer der staatlichen EZ werden anhand dieser Krisenindikatoren beurteilt und entsprechend eingeteilt in die Kategorien „Akuter Handlungsbedarf“, „Mittlerer Handlungsbedarf“ und „Niedriger

## Glossar

### **Friedensförderung**

Unterstützung interner gesellschaftlicher und politischer Kräfte in einer Krisenregion, die sich aktiv für die Verhinderung, Abnahme oder Beendigung von Gewalt und damit für zivile Formen der Konfliktaustragung unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten einsetzen. Friedensförderung kann sowohl präventiv (vor Ausbruch der Gewalt) als auch nachsorgend (nach Abklingen oder Beendigung der Gewalt) zur Anwendung kommen.

### **Friedenspotentiale**

Gesellschaftliche oder politische Gruppen oder Institutionen, die Gemeinsamkeiten mit den Mitgliedern anderer Konfliktparteien betonen und Trennendes hinterstellen, die den Dialog oder die Kooperation zwischen den Konfliktparteien fördern und dadurch einen Beitrag zur gewaltlosen Austragung von Konflikten leisten.

### **Krisenprävention**

Frühzeitige Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen von Staat und Gesellschaft zur Vorbeugung einer drohenden Krise, mit deren Hilfe nicht die Konflikte selbst, aber ihre gewalttätige Austragung verhindert werden sollen. Je nachdem, in welcher Phase sich der Konflikt befindet, setzen krisenpräventive Maßnahmen vor dem Ausbruch von Gewalt, während oder nach dem Ende gewalttätiger Auseinandersetzungen an. Sie zielen auf den Abbau von Gewaltpotentialen und den Aufbau von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung ab.

### **Trauma/Trauma-Arbeit**

Im psychologischen Kontext bezeichnet der Begriff einen dauerhaften Schock durch die Erfahrung körperlicher oder psychischer Gewalt oder das Durchleben einer Katastrophe, die die

individuellen Fähigkeiten zur Bewältigung überschreitet. Die nachhaltige Erschütterung, die ein solches Ereignis in der individuellen oder kollektiven Erinnerung hinterlässt, kann nicht nur bei der betroffenen Person zu psychischen Krankheiten führen, sondern auch auf Personen aus dem sozialen Umfeld übertragen werden (stellvertretende Traumatisierung). Trauma-Arbeit ist die professionelle Unterstützung bei der Verarbeitung eines individuellen oder kollektiven Traumas.

### **Versöhnungsarbeit**

Versöhnungsarbeit fördert einen freiwilligen Dialog zwischen den Konfliktparteien mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung über die begangene Gewalt, die Rolle und Mitverantwortung der Beteiligten im Entstehen und Verlauf der Gewaltanwendung und der Suche nach Lösungen, welche Konsequenzen aus diesen Gewalttaten zu ziehen sind, um ein zukünftiges, friedliches Zusammenleben aus Sicht der Konfliktparteien möglich zu machen. Solche Lösungsvorschläge im Rahmen der Versöhnungsarbeit berühren Fragen der Bestrafung, Amnestie, Rückgabe/Entschädigung und Rehabilitation und bedürfen häufig struktureller Veränderungen in Politik, Gesetzgebung (insbesondere der Strafgesetzgebung) und Verwaltung.

### **Zivile**

### **Konfliktbearbeitung**

Zivile Konfliktbearbeitung ist der Versuch, mit nicht-militärischen Mitteln regulierend auf die Art und Weise des Austragens von Konflikten einzuwirken, um Gewalt zu verhindern oder sogar zu beenden und gleichzeitig Lösungen zu suchen, die für alle beteiligten Konfliktparteien akzeptabel sind.

Handlungsbedarf“. Ein erster Testlauf mit diesen Krisenindikatoren wird gegenwärtig im BMZ ausgewertet. Diese Krisenindikatoren geben einen Hinweis, wie groß die Krisennei-



Foto: epd-bild



gung eines Partnerlandes oder eines Projektes ist. Eine solche ‚Frühwarn-Funktion‘ bedeutet aber gleichzeitig, dass die EZ dem politischen Bereich eine größere Aufmerksamkeit schenkt als bisher und damit unausweichlich politischer wird. Das BMZ hat diesem Anspruch damit Rechnung getragen, dass es die GTZ mit dem Sektorvorhaben Krisenprävention beauftragt hat, das die Integration von friedensfördernden Elementen in die EZ voran bringen soll. Zudem hat das BMZ bereits für fünf Länder einen Schwerpunkt auf „Friedensentwicklung“ gelegt: Burundi, Guatemala, Kolumbien, Senegal, Sri Lanka. Aber auch in den Schwerpunkten Gute Regie-

vention ist die direkte Arbeit mit Konfliktparteien mit dem Ziel, zur De-Eskalation bzw. Friedensförderung zwischen diesen beizutragen und den Aufbau von Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu unterstützen. Denn Ziel der zivilen Konfliktbearbeitung ist nicht die Verhinderung von Konflikten, sondern dazu bei zu tragen, dass Konflikte ohne das Mittel der Gewalt ausgetragen werden. Entsprechend ist das Ziel der Friedensförderung, zur Verhinderung von Gewalt oder zur De-Eskalation von Gewalt einerseits und zum Aufbau von Strukturen, die gerade der gewaltfreien Konfliktbearbeitung dienen, andererseits beizutragen. Ein wichtiger Ansatz in diesem Bereich

nis aus der Friedensforschung unberücksichtigt, dass Konflikte über die Zeit eine Eigendynamik entwickeln, die das Ausbrechen aus einer Spirale von Gewalt zunehmend schwieriger macht. Wie der österreichische Friedensforscher Friedrich Glas einmal anhand seiner von ihm entwickelten Eskalationsstufen erklärte: „Zu Beginn hat man einen Konflikt – später hat der Konflikt einen“. Die Erfahrung von und die Erinnerung an kollektive Gewalt, die Förderung von Vorurteilen durch Mobilisierungen und Informationsströme führen zu einer zunehmenden Verselbständigung gewaltsamer Konflikte, die durch alleinige Beseitigung der (ursprünglichen) Konfliktursachen nicht unterbrochen wird. Während die bisherigen Sektoren der EZ wichtige Beiträge zur Bearbeitung struktureller Konfliktursachen leisten können, so haben sie ihre Aufmerksamkeit kaum systematisch und gezielt auf diese Aspekte der Eigendynamik von Konflikten gelenkt.



#### Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes

Diese Lücke in der Personellen Zusammenarbeit (PZ) zur Krisenprävention und Friedensförderung wollte die rot-grüne Bundesregierung 1999 mit der Schaffung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) schließen. Der Zivile Friedensdienst hat den Anspruch, durch Maßnahmen gezielt zum Abbau struktureller Konfliktursachen, aber vor allem zum Aufbau von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung beizutragen. Der Zivile Friedensdienst legt den Schwerpunkt auf den gesellschaftlich-politischen Bereich und fokussiert damit auf Handlungsfelder, die früher eher marginal im Rahmen der Personellen Zusammenarbeit behandelt wurden. Diese Handlungsfelder werden im ZFD-Rahmenkonzept benannt: Vertrauensstiftende Maßnahmen, Aufbau von Informations- und Bildungsstrukturen und -programmen zur Bekanntmachung und Erklärung der Friedensaktivitäten und zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern (z.B. Frie-

rungsführung und Demokratieförderung gibt es viele Bereiche, die mit dem Anspruch der Friedensförderung vereinbar sind.

#### Armutsminderung ist nicht gleich Friedensförderung

Bisher wurden politische Konflikte – oder Konflikte allgemein – in der EZ (u.a. wegen des Gebotes der Neutralität und Nicht-Einmischung) gemieden. Aber eine friedensfördernde EZ interveniert unweigerlich in die innenpolitische Situation eines Partnerlandes. Kern dieser Inter-

ist die Unterstützung von Institutionen, Persönlichkeiten oder gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung einsetzen. Diese werden oft als Friedenspotenziale oder *peace constituencies* bezeichnet.

Die bisherige Formel Armutsminderung = Friedensförderung basierte auf der Annahme, dass die Beseitigung von strukturellen Konfliktursachen wie ungleicher Zugang zu Macht und Ressourcen oder der Abbau von Ungleichheiten automatisch Konflikte beseitigt. Dabei blieb bisher die Erkennt-



Aktion zur  
Waffenvernichtung  
in Brasilien  
Foto: epd-bild

denserziehung); Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien, Religionen; Mitwirkung bei der Beobachtung und Förderung der Menschenrechts- und Demokratiesituation; Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau (einschließlich der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene).

Damit tritt die PZ in konfliktivere Situationen und in politisch sensiblere Bereiche ein. Während die Vermeidung negativer Folgen von EZ-Projekten durch die Entwicklung von Instrumenten wie *Do no harm* und *Conflict Impact Assessment* einen längst überfälligen Anspruch an die EZ einzulösen beginnt, ist der Anspruch, durch spezielle EZ-Projekte aktiv Friedensförderung und Krisenprävention zu unterstützen, ein weitaus anspruchsvollerer.

#### **Handlungsfelder des DED**

In seiner „Fachleitlinie zum Engagement des DED im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung“ vom August 2002 hat der DED Handlungsfelder sowie verschiedene analytische Instrumente identifiziert, mit denen er gezielt einen Beitrag innerhalb der staatlichen Personellen Zusammenarbeit im Bereich Friedensförderung leisten will:

#### **Instrumente zur Frühwarnung und zur Vermeidung negativer Auswirkungen der vom DED unterstützten Projekte auf Konflikte**

Der Deutsche Entwicklungsdienst entwickelt gegenwärtig ein konflikt sensibles Projektplanungs-, -monitoring- und -evaluierungsverfahren, um ungewollt gewaltverschärfende Wirkungen der vom DED unterstützten Projekte frühzeitig erkennen und vermeiden zu helfen. Der DED beteiligt sich

damit am sogenannten *Mainstreaming*-Prozess *Do-no-harm*. Dazu werden die Verfahren zur Auswahl und Vorbereitung von Entwicklungshelfern und Entwicklungshelferinnen ebenso wie die Verfahren zur Prüfung von Projektpartnern und Arbeitsplätzen angepasst. Schließlich soll dieser Grundgedanke auch stärker bei den Partnerorganisationen des DED verankert werden. Ähnlich wie in anderen Querschnittsaufgaben (wie Gender oder partizipative Methoden) will der DED zur Unterstützung der Partnerorganisationen und der DED-Büros vor Ort zukünftig auch Methodenberater *Do-no-harm* für eine konflikt sensible Projektarbeit einführen.

#### **Stärkung der lokalen Rechtssicherheit**

Das Justizwesen und lokale Strukturen der Streitschlichtung sind wichtige Bereiche, in denen Konflikte nach vorher verein-



barten und allen gleichermaßen offenstehenden Möglichkeiten geregelt werden sollen. Leider gewährleistet das Justizsystem in vielen Partnerländern nicht das gewünschte Gut der politischen Sicherheit. Das aber birgt die Gefahr, dass Alternativstrukturen wie Todesschwadronen oder Lynchjustiz entstehen und die Lücke des Justizsystems füllen, gesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten durch Angst und Lethargie unterdrückt werden. Zur Förderung der nachhaltigen zivilen Konfliktbearbeitung unterstützt der DED daher Projekte der lokalen Rechtswegsicherheit und der Strafverfolgung etwa in Bolivien, Guatemala, Kambodscha oder Peru. Damit will der DED ebenfalls einen Beitrag zur Guten Regierungsführung (*Good Governance*) und zur Demokratieförderung leisten.

tionsprogrammen ehemaliger Soldaten oder Flüchtlinge, wo eine große Anzahl von Menschen in bestimmten Regionen – häufig in relativ kurzer Zeit – integriert werden sollen, gilt es, neben materiellen Hilfen und Berufsbildungsangeboten auch Strukturen des friedlichen Zusammenlebens aufzubauen und die soziale Gemeinschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen im Rahmen eines friedensfördernden *community-building-Ansatzes (community-based peace building)* zu fördern. Diese Ansätze verfolgt der DED etwa in einem Umsiedlungsprojekt in Süd-Darfur im Sudan oder in der Rwenzori-Region in Uganda oder in den Regionen Kampot und Kompong Thom in Kambodscha.

Teil dieses Ansatzes ist darüber hinaus ein für alle Seiten akzeptabler Umgang mit den Ge-

pen sind ehemalige Soldaten, Flüchtlinge, Frauengruppen und Betroffene politischer Gewaltakte.

#### Unterstützung der Friedenspädagogik

Gerade Nachkriegsgesellschaften sind durch den Zusammenbruch traditioneller Schlichtungsstrukturen und einer geringen Hemmschwelle bei der Gewaltanwendung (einschließlich Waffengewalt) gekennzeichnet. Der DED will zur Überwindung von Gewaltbereitschaft durch die Förderung von Projekten beitragen, die im Rahmen von Friedenspädagogik Multiplikatoren weiterbilden, Curricula entwickeln (wie etwa die ruandische Menschenrechtskommission) und didaktisches Material erstellen oder sich der Kontrolle der Kleinwaffen (z.B. die *Working Group for Weapons Reduction* in Kambodscha) widmen.

#### Förderung der Medienarbeit

Unabhängige Medien können sowohl bei der Artikulation von Interessen und Konflikten, aber auch bei der Förderung von Friedenspotenzialen eine wichtige Rolle einnehmen. Diese Rolle der Medien will der DED gezielt fördern. Ein Beispiel dafür ist das geplante Projekt, durch den Einsatz von audiovisuellen Medien die Verbreitung traditioneller Konfliktlösungsstrategien im Niger zu unterstützen. Durch Weiterbildung von Journalisten und Personen der Öffentlichkeitsarbeit soll darüber hinaus ein Beitrag zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit geleistet werden.

#### Unterstützung lokal angepasster Mechanismen und Organisationen ziviler Konfliktbearbeitung

Bei konkreten Konflikten vor Ort gibt es häufig Initiativen, diese im Dialog und unter Einschluss aller Beteiligten zu regeln. Der DED bemüht sich z.B. bei Ressourcen-Konflikten, solche Initiativen vor allem im Rahmen der Krisenprävention zu stärken. Hierzu gehören unter anderem Schlichtungskomitees oder Runde Tische wie in Guatemala (Norte de Quiché) oder in Chile (Canete).

#### Soziale Reintegration und Rehabilitation der von kollektiver Gewalt betroffener Gruppen

Nach dem Ende von Bürgerkriegen oder bewaffneten Auseinandersetzungen gilt es, neben der physischen und psychischen Zerstörung auch das friedliche Zusammenleben in sozialen Gebilden (Gemeinden, Dörfer, Nachbarschaften) wieder aufzubauen. Gerade bei Integra-

schemnissen der Vergangenheit und eine (oft langfristig angelegte) Aussöhnung zwischen den ehemaligen Gegnern. In diesem Sinne unterstützt der DED Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (wie z.B. gegenwärtig in Peru), die Verfolgung von Kriegsverbrechen im Einklang mit hiesigen Gesetzen (etwa in Guatemala) sowie Trauma- und Trauerarbeit (wie z.B. in Ruanda und Peru). Zielgrup-



Die Aufarbeitung der Vergangenheit – wie hier in Guatemala – ist Voraussetzung für eine nationale Versöhnung.

Foto: Udo Kreuzer

**Methoden ziviler  
Konfliktbearbeitung**

Durch die Verbreitung von Verhandlungstechniken und Methoden ziviler Konfliktbearbeitung sollen die verschiedenen Zielgruppen gestärkt werden, ihre Interessen ohne Gewaltanwendung effektiv vertreten zu können. Diese Methoden gewinnen gerade im Zuge vieler Dezentralisierungsbemühungen in den Partnerländern an Bedeutung und können von staatlichen ebenso wie von nicht-staatlichen Organisationen angewendet werden. So unterstützt etwa der DED die kambodschanische NRO SILAKA, die solche Trainings auch anderen Partnerorganisationen des DED in Kambodscha anbieten.

**Möglichkeiten  
und Grenzen  
der Friedensförderung**

Konflikte und die Art der Konfliktbearbeitung liegen in der Verantwortung der Beteiligten in den Partnerländern. Der DED – wie die anderen externen Akteure auch – kann nur eine unterstützende Rolle bei der Krisenprävention und bei der Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung spielen. Gibt es keine ausreichende Bereitschaft auf Seiten der Konfliktparteien oder der politisch Verantwortlichen im Partnerland, dann kann und will der DED durch die Entsendung von Fachkräften dieses Defizit nicht ausgleichen.

Die vom DED unterstützten Initiativen auf lokaler Ebene werden stark von der Sicherheitssituation, aber auch vom politischen Willen vor Ort und in übergeordneten Stellen beeinflusst und beschränkt. Mit zunehmender Eskalation der Gewalt nimmt einerseits das Sicherheitsrisiko für die Partnerorganisationen aber auch für die Fachkräfte zu. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft der Konfliktparteien, sich auf gewaltfreie Mechanismen der Interessenvertretung einzulassen, ab. In der sogenannten ‚heißen Phase‘, in der es zu systematischer und massiver Gewaltanwendung kommt, dominiert die Logik des Krieges. In dieser Phase sind friedensfördernde Maßnahmen

seitens der EZ nicht möglich und auch nicht wirksam. Erst nach einer gewissen Phase der Waffenruhe (sogenanntes *Cooling off*) kann sowohl die Bereitschaft der Konfliktparteien als auch der Zielgruppen wieder vorhanden sein, sich auf friedensfördernde Maßnahmen seitens der EZ einzulassen. Gleichzeitig muss dazu die Sicherheitslage ausreichend stabil sein, um Fachkräfte zu entsenden. Hier gibt es keine allgemeine Formel, wann friedensfördernde Projekte generell wieder bzw. nicht mehr möglich sind. Diese Einschätzung muss fortwährend vor Ort überprüft werden.

Die Beiträge der EZ sind auf Strukturbildung und langfristige Veränderungen angelegt. Hinzu kommt, dass diese Strukturen erst nach einer gewissen Zeit der Vertrauensbildung aufgebaut werden können. Kurzfristige Einsätze im Sinne einer Feuerwehr sind im Rahmen der Personellen Zusammenarbeit (PZ) damit nicht leistbar. Daher kann die EZ nicht kurzfristig auf Krisen – wie etwa in der Elfenbeinküste – reagieren.

Nachhaltige Friedensförderung erfordert ein hohes Maß an Kohärenz auf Seiten der EZ-Organisationen, aber auch mit anderen Feldern der auswärtigen Politik: Ohne die Beeinflussung des politischen Rahmens der Gastländer etwa durch Kreditvergaben, Regierungsverhandlungen oder diplomatische Beziehungen bleiben die Bemühungen auf lokaler oder regionaler Ebene in ihrer möglichen Breitenwirkung sehr begrenzt. Wenn auf der anderen Seite Frieden nicht „von innen wächst“, dann wird die Krisenprävention und Friedensförderung nicht nachhaltig sein. Dazu bedarf es einer Intervention auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen vor allem durch nicht-staatliche Akteure, die wiederum miteinander abgestimmt sein müssen. Was für die EZ im zunehmenden Maße gilt, ist für die Friedensförderung sogar noch vordringlicher: Nur ein hohes Maß an Kohärenz der verschiedenen Akteure ermöglicht einen nachhaltigen Beitrag. Die EZ hat mit dem Anspruch, gezielte Beiträge zur Friedens-



Dieses Plakat einer Partnerorganisation des DED in Kambodscha wirbt für ein Leben in einer friedlichen Gesellschaft.

förderung zu leisten, einen partiellen Perspektivenwechsel vorgenommen. Mit der Etablierung des Schwerpunktes Friedensentwicklung, der Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes und der Beauftragung der GTZ mit dem Sektorvorhaben Krisenprävention hat das BMZ diesen Perspektivenwechsel aktiv unterstützt. Aber der eigentliche Lackmus-Test steht noch bevor: Tragen die etablierten Strukturen tatsächlich zur Abnahme von Gewalt und gewaltsamer Konfliktaustragung bei? Diese Frage der Wirkung und Wirksamkeit – und die Feststellung, wann und ob diese Wirkung vorlag – wird sich die EZ in Zukunft stellen müssen.

■ Lothar Rast, Leiter des Referates Ziviler Friedensdienst im DED